

Antrag

der Abgeordneten Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Katja Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Peter Heidt, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Gyde Jensen, Karsten Klein, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Till Mansmann, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Dr. Wieland Schinnenburg, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Lockdown nutzen – Schuljahr retten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschlands Schulen kommen nur mit einem klaren Kurs durch die Pandemie. Die sich wiederholenden Schulschließungen gehen voll zu Lasten der Schülerinnen und Schüler, die sich auf die Schule gefreut haben und diese auch für ihre soziale Entwicklung brauchen. Schulen haben einen Bildungs- wie Erziehungsauftrag. Bislang bleibt auch der problemlose Wechsel in den Distanzunterricht als Ultima Ratio vielerorts ein unerfüllter Wunsch. vielerorts bedeutet leider Distanz-, „Unterricht“, dass de facto kein Unterricht, kein Lehren und Lernen stattfindet. Seit über zehn Monaten fehlen – sowohl in Präsenz wie in Distanz – Corona-Unterrichtskonzepte, digitale Defizite sind ungelöst. Statt flächendeckend in den Sommerferien die Klassenzimmer in jedem Bundesland mit Luftreinigern und alle Lehrkräfte mit FFP2-Masken auszustatten, wurde in Deutschland seit dem Herbst 2020 überwiegend nur auf das Lüften gesetzt. Positive Beispiele wie Nordrhein-Westfalen, wo die Landesregierung bereits ein Sonderprogramm zum Erwerb mobiler Luftfiltergeräte für Schulen mit einem Budget von 50 Millionen Euro umgesetzt hat, sind leider die Ausnahme (Land NRW 2020).

Der Ausfall des so wichtigen Präsenzunterrichts vergrößert die soziale Kluft. Gerade benachteiligte Kinder werden die Lernrückstände kaum wieder aufholen können. Für Eltern sind geschlossene Schulen und Kitas mit Homeschooling, Kinderbetreuung, Homeoffice und Hausarbeit ein weiterer Schritt über ihre Belastungsgrenze hinaus. Insbesondere die Mütter sind über die Maßen beansprucht und Alleinerziehenden ist es kaum zuzumuten.

Die Bundesbildungsministerin und die Kultusministerkonferenz haben die Chance verpasst, Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften aufzuzeigen, wie ein klarer Fahrplan für die kommende Zeit aussieht und was dafür getan wird, um möglichst zügig wieder zu einem Präsenzunterricht unter eventuell angepassten Bedingungen zurückzukehren. Wie wurden die Wochen der verlängerten Weihnachtsferien und der geschlossenen Schulen genutzt? Damit ist unklar, wann, wo und wie die Schulen geöffnet werden. Es fehlen bundesweit verbindliche Inzidenz-Indikatoren für Präsenz-, Wechsel- und Distanzunterricht. Auch zwei persönlich von der Bundeskanzlerin einberufene sog. „Schulgipfel“ haben kaum einen positiven Effekt gehabt. Schlichte Symbolpolitik hilft aber weder den Eltern und Schülern noch den Schulen und Lehrkräften. Es braucht schnellstmöglich Perspektiven für die Schulen unter ggf. angepassten Bedingungen, damit Kinder und Jugendliche ihr Bürgerrecht auf Bildung wahrnehmen können.

Gleich zu Beginn der Krise während der flächendeckenden Schulschließungen mussten Schulen und Lehrkräfte schnellstmöglich und ohne unterstützende Anleitung handeln, um den Kontakt zu ihren Schülerinnen und Schülern nicht gänzlich zu verlieren. Dass hier Messengerdienste, Apps und Tools genutzt werden, mit denen Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler aus dem privaten Umfeld bereits vertraut waren, war nachvollziehbar, aber keine Dauerlösung.

Es braucht jetzt kurzfristig eine White-List (Positiv-Liste) mit verschiedenen, qualitativen Anbietern (Start-ups wie Mittelständler) von Lern-Management-Plattformen und Content-Providern. Wichtig ist, dass die gewählten Anbieter genügend Serverkapazitäten haben. Lern-Plattformen der Länder funktionierten ohne diese häufig nicht (vgl. www.tagesspiegel.de/berlin/immer-aerger-mit-dem-lernraum-warum-das-home-schooling-in-berlin-nicht-richtig-funktioniert/26774392.html). Zudem sind sie qualitativ häufig nicht auf einem vergleichbaren Qualitätsstandard.

Es braucht einen digitalen Plan B für die Abschlussprüfungen. Dies ist auch eine Chance, die Digitalisierung der Schulen weiter voranzutreiben. Die digitale Befähigung des gesamten Schullebens wird nicht nur in Krisenzeiten helfen, sondern unser Bildungssystem auch fit für die Zukunft machen.

Warum sollen Prüfungen bei hohem Infektionsgeschehen nicht auch digital, zumindest mündliche Prüfungen per Videokonferenz stattfinden? Für dieses Szenario müssen nun parallel die Vorbereitungen beginnen und sich auf Prüfungsstandards verständigt werden, für den Fall, dass die Entwicklung der Pandemie Präsenz-Prüfungen deutlich erschweren sollte. Es wäre fatal, einfach die Prüfungsqualität im Corona-Schuljahr zu senken. Entstehen würde eine Schüler-Generation mit Notabschluss-Stigma. Die Kinder und Jugendlichen unserer Gesellschaft dürfen nicht die Verlierer diese Corona-Krise sein.

Die Bundesregierung und die Kultusministerkonferenz müssen einen Plan vorlegen, mit dem Schulen und Familien bestmöglich durch das Schuljahr und anstehende Abschlussprüfungen kommen. Das Aussetzen der Schulpflicht darf nicht bedeuten, dass der Staat seinem Erziehungs- und Bildungsauftrag und der daraus folgenden – auch im Digitalen geltenden – Unterrichtspflicht nicht mehr nachkommt. Jede Woche geschlossener Schulen und damit – mangels ausreichend digitaler Befähigung des Schulsystems – ausgefallenem Unterricht bedeutet leider derzeit noch immer einen weiteren Bruch des sozialen Aufstiegsversprechens. Kinder, deren Eltern ohnehin schon weniger helfen können, dürfen durch die Umstände jetzt nicht noch schlechter dastehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

gemeinsam mit den Ländern

1. zusammen mit dem RKI ein bundesweit einheitliches und transparentes Richtwerte-Spektrum über den einfachen Inzidenzwert von 50 Neuinfektionen hinaus für die unterschiedlichen Unterrichtsszenarien vorzulegen. Dieses Richtwert-Spektrum erlaubt den Schulen sowie lokalen Gesundheits- und Ordnungsämtern regional angepasstes Handeln und schafft Klarheit für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern. Ziel hierbei muss es sein, Schulen insbesondere für die Jüngsten nach Evidenz basierten Kriterien wieder und unter ggf. angepassten Bedingungen öffnen zu können;
2. jetzt passgenau in mobile Luftreinigungsgeräte für Klassenzimmer zu investieren und Schulen und Kitas kostenlose Schnelltests und FFP2-Masken zur Verfügung zu stellen;
3. bei dem DigitalPakt Schule vollständig die gesamte Beantragungs-Bürokratie (in Form eines Moratoriums) auszusetzen. Ziel muss es sein, bis Mitte des Jahres 2021 für jede Schule einen durchfinanzierten Bedarf vorliegen zu haben, um die nötigen Beschaffungsprozesse einzuleiten;
4. eine White-List (Positiv-Liste) qualitativ hochwertiger, zum Teil heute schon durch Nutzung durch einzelne Länder qualitätsgeprüfter Online-Anbieter zusammenzustellen;
5. mit entsprechenden qualitätsgeprüften Lern-Management-Plattformen und Content-Providern Rahmenverträge abzuschließen, aus denen die Schulen unkompliziert für ihre Schulen die besten Angebote für sich auswählen können;
6. Vorbereitungen zu treffen, dass mündliche Prüfungen bei hohem Infektionsgeschehen auch per Videokonferenz stattfinden können. Die Prüfungsqualität im Pandemie-Schuljahr darf nicht einfach gesenkt werden.

Berlin, den 12. Januar 2021

Christian Lindner und Fraktion

